

Liberales Parole: Nach rechts, marsch, marsch!

SZ 2.10.

Der FDP-Parteitag sieht die Linkliberalen am Ende und die Deutschnationalen im Aufwind

Von Heribert Prantl

Die einstmaligen führenden Rechts- und Innenpolitiker der FDP sind kaltgestellt. Sie können nur noch nein sagen zu dem, was ihre Fraktion tut: Keiner hört mehr auf sie; gestalten können sie nichts. Burkhard Hirsch kämpft gegen die Resignation mit Arbeitswut und Akribie; er nervt seine Fraktion durch eine Sachkenntnis, mit der es kaum ein anderer aufnehmen kann. Sachkenntnis aber ist bei den Liberalen nicht besonders gefragt, weil diese dem Anschluß an den Zeitgeist hinderlich sein könnte. Gerhart Baum, der frühere Innenminister der sozialliberalen Koalition, gilt in seiner Fraktion als überflüssig – aus den gleichen Gründen. Wer alte liberale Positionen verteidigt, ist ein Störenfried. Und wer sich in ihre Nähe begibt, macht sich verdächtig; die standhafte junge Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger gehört dazu.

Die Sensibilität für Grundrechte, jahrzehntelang Kennzeichen der Partei, ist einer verfassungsrechtlichen Gefühlskälte gewichen. Die FDP schämt sich der Zeiten, da ihr das Asylrecht „als Freiheitsstatue im Hafen der Verfassung“ galt. Sie mag nicht mehr wissen, welchen Wert die Rechtsschutzgarantie hat. Die Privatsphäre, einst erbittert verteidigt, verliert ihren Rang. Der Rechtsstaat wird kleingeschrieben und der Zweck, der die Mittel heiligt, groß. Selbst Liberal-konservative wie der Mainzer Innenminister Peter Caesar finden sich deshalb plötzlich am linken Rand wieder. Die neue Devise der FDP-Fraktion im Bundestag heißt: Nur nicht zimperlich sein. Neue Strafen braucht das Land, neue Rechte braucht die Polizei. Großer Lauschangriff, hurra. Die FDP sucht ihr Heil in der Amnesie. So jedenfalls sieht es in der FDP-Bundestagsfraktion aus. Ob die Gesamtpartei mitmacht, wird sich auf dem FDP-Bundesparteitag in Bremen zeigen.

Es herrscht Angst in der Partei- und Fraktionsspitze: Angst, zwischen den großen Parteien zerrieben zu werden; Angst, plötzlich allein zu stehen, weil auch Sozialdemokraten ihre alten Positionen in der Asyl- und Sicherheitspolitik mit fliegenden Fahnen verlassen. Weil alle in Bewegung sind, rennt auch die FDP. Die Bonner Parteien, die CDU eingeschlossen, bilden eine Fluchtmass, getrieben vom wachsenden Rechtsradikalismus. Aus Angst vor den rechtsradikalen Parteien verlassen die Bonner Parteien ihre alten Stellungen, werfen alles weg, was auf der Flucht hinderlich sein könnte – und bezeichnen diese Flucht als Offensive.

Die Betonung sozialliberaler Positionen im sogenannten Elbe-Kreis (dem insgesamt etwa zweihundert FDP-Funktions-träger aus Bund und Ländern zuzurech-

nen sind) mildert den Rechtsruck kaum. Der Elbe-Kreis versucht, soziales Öl in die reine Lehre der Marktwirtschaft zu schütten, die Graf Lambsdorff zäh verteidigt – und wirbt so um die Sozialdemokraten als künftige Partner. Zum Elbe-Kreis, der Hoffnungen auf eine liberale

sam mit der FPÖ geplantes „Seminar“ abblasen und hat es auf nächstes Frühjahr verschoben – um sich dann, wie der bayerische Landesvorsitzende Max Stadler beschwichtigt, mit dem Haider-Kurs „kritisch auseinanderzusetzen“.

Haider und seiner FPÖ droht nicht

Erneuerung in einer Koalition mit der SPD setzt, kommen auch viele Liberale aus Ostdeutschland. So empfänglich sie für die Ideen des Sozialstaats sind, so unsensibel sind die für die Essentialia des Rechtsstaats. In einem Staat aufgewachsen, in dem die Diskussion über Kriminalität tabu war, fühlen sie sich jetzt vom Verbrechen überrollt. Die manchmal durchaus gefährliche Realität einer freien Gesellschaft ist ihnen fremd. Sie rufen nach dem starken Staat, den sie kennen – freilich soll er seine Stärke diesmal „richtig“ einsetzen. Dies mag in den anderen Parteien ähnlich sein – für die FDP bedeutet das die Umkehrung aller Werte.

Diese Umwertung trifft zusammen mit einem Phänomen, das wiederum an der Parteispitze mit höchster Sorge beobachtet wird: Mitglieder der südlichen Landesverbände liebäugeln immer dreister mit dem umstrittenen Vorsitzenden der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), Jörg Haider. Nicht nur im baden-württembergischen Bad Canstatt war man begeistert über seine rechten Ansichten. Auch im bayerischen Landshut hat sich der FDP-Oberbürgermeisterkandidat mit einem Haider-Auftritt geschmückt. Die bayerische FDP mußte soeben erst auf massives Drängen der Bonner Zentrale ein gemein-

umsonst der Ausschluß aus der Liberalen Internationale. Haider hat sich in der FPÖ rücksichtslos an die Macht geboxt, ist ein Freund der Kameradschaft IV der ehemaligen Waffen-SS, ein liberal geschminkter Republikaner – mit allem was dazugehört: Ressentiments gegen Ausländer vor allem. Derzeit ist er dabei, das wachsende Reservoir der Europa-Ängstlichen anzuzapfen. Süddeutsche Freidemokraten schwadronieren von einem „liberalen“ Franz Josef Strauß; der Münchner FDP-Politiker Manfred Brunner turnt mit dem Österreicher, und nicht wenige Funktionäre des Thomas-Dehler-Instituts und der Friedrich-Naumann-Stiftung scharwenzeln um ihn herum.

Wenn die FDP-Führung sich nicht vorsieht, dann kommt sie vom Regen in die Traufe: Statt der ungeliebten linkliberalen Minderheit hat die Partei dann einen nationalliberalen Flügel – großdeutsch und antieuropäisch. Dann mag es sein, daß Klaus Kinkel seine Partei, wenn ihm seine Europa-Geschäfte Zeit für den FDP-Vorsitz lassen, nicht mehr wiedererkennt. Mit seinen Positionen zur Versöhnung mit der RAF, für die er im Januar als Justizminister noch gefeiert wurde, würde er heute in der FDP schon zu den krassen Außenseitern gehören.